



## Bundesparteitag der SPD 2021

Antrag des Ortsvereins Laage (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

### **Die SPD setzt sich dafür ein, dass die zukünftige Ausrichtung der NATO stärker europäischen und deutschen Friedensinteressen dient.**

72 Jahre nach Gründung der NATO ist es für Europa und Deutschland an der Zeit, über Alternativen zur NATO oder neue Schwerpunktesetzungen nachzudenken. Die USA sind geopolitisch zunehmend auf China fokussiert. Europa und Russland verlieren für sie an Wichtigkeit. Der Kalte Krieg ist vorbei und die Westbindung hat seitdem auch für Deutschland an strategischer Relevanz verloren. Nichtwestliche Handelspartner haben mittlerweile eine hohe Bedeutung für die deutsche Wirtschaft. Fast eine Millionen Arbeitsplätze hängen in Deutschland von Exporten nach China ab. Auch die technisch noch nicht gesicherte Energiegrundlast, die zwingend notwendig ist für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, führt für Deutschland zu einer anderen Sicht auf Russland als sie die USA haben. Ein systematisches Abkoppeln von den großen eurasischen Staaten ist für ein global vernetztes, exportorientiertes und rohstoffarmes Land wie Deutschland keine Option. Der deutsche und europäische Einfluss bleibt nur auf den Grundlagen dialogorientierter multilateraler Politik stark.

Deutschland und Europa müssen ihre eigenen Fähigkeiten und Prozesse verbessern, um langfristig auch ohne die dominante militärische Rolle der Vereinigten Staaten auszukommen. Die transatlantische Werte- und Interessenbasis wird fragiler, wie uns der jüngste Affront gegenüber Frankreich durch den sog. AUKUS-Sicherheitspakt (USA, Großbritannien und Australien) zeigt. Nicht zuletzt bröckelt auch Europas Geschlossenheit. Der Brexit ist vollzogen und anti-europäische Signale der polnischen und ungarischen Regierung werden immer deutlicher. Die NATO-Allianz aus Europäern, USA und Kanada muss deshalb gemeinsam einen neuen Denkansatz für die Zukunft von Europas Friedens- und Sicherheitspolitik verfolgen, um die Allianz zu erneuern.

Die Zeit hierfür ist reif. Die letzten 30 Jahre haben gezeigt, dass militärische Potenz allein wenig bewirkt. Das Zusammenleben, das Wirtschaften, der Handel, die Ökologie sind fragiler geworden. Darauf muss auch die NATO eine Antwort finden. Will das Bündnis in Zukunft nicht nur traditionelle militärische Verteidigungsaufgaben leisten, sondern auch substantielle zivile Beiträge bei Klimakatastrophen, Pandemien oder hybriden Bedrohungslagen, so ist es zukünftig auf weitere Partner, wie die EU, private Wirtschaftsakteure und die Zivilgesellschaft angewiesen.

***Die SPD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass in einem ersten Schritt die realen Leistungen jedes NATO-Mitgliedes auf der Grundlage eines breiteren Kriterienkataloges als den jeweiligen Militärausgaben bemessen werden. In den NATO-Planungsprozess***

***sollten in Zukunft auch nationale Beiträge anderer Institutionen zu nationalen Resilienz- und Zivilschutzfähigkeiten sowie zur Abwehr hybrider Bedrohungen einbezogen werden.***

Aus der Absicht der EU, in den nächsten Jahren das Gesamtbudget für Resilienz, Sicherheit und ziviles Krisenmanagement von 1,2 auf 14 Milliarden Euro aufzustocken, ergeben sich ebenfalls neue Chancen einer intelligenten Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO. Ein pauschales Rufen nach mehr Militärausgaben ist nicht nötig. Vielmehr muss die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik mit Blick auf internationale Konflikte auf Friedenssicherung, Entspannung, Risikominimierung, Transparenz und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein.

***Wir fordern, dass sich die SPD in ihrer Politik wieder deutlich von diesen Handlungsmaximen leiten lässt. Die SPD muss sich – wie im Hamburger Programm formuliert – wieder stärker als „Friedenskraft in Deutschland und Europa“ begreifen und mit Blick auf die zukünftige inhaltliche Ausrichtung der NATO eigenständige europäische friedensfördernde Politikangebote entwickeln.***